

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. -- Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklame-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr 217.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 17. September 1919.

Jahrgang 1.

Was hilft es dem Menschen, so er die ganze Welt ge-
winn, und nähme doch Schaden an seiner Seele? Oder
was kann der Mensch geben, damit er seine Seele wieder
löst?
Matth. 16 v. 26.

Zur Lage der Siegerländer Industrie.

Vom Siegerländer Eisenmarkt wird der „Rheinisch-
Westfälischen Zeitung“ von sachkundiger Seite geschrieben:

Die Monate Juli und August waren der Siegerländer
Industrie im allgemeinen günstig, da die Arbeitsmöglichkeit
eine etwas bessere war, als in den Monaten des Frühjahrs.
Die Brennstoffversorgung nahm einen regelmäßigeren
Verlauf, nachdem aus dem Kölner Braunkohlenbergwerk
wieder Braunkohlen für den Stahlwerksbetrieb geliefert
wurden und auch das Kohlsyndikat beschränkte Mengen
Ruhrkohlen an die verbrauchenden Werke abgab. Immer-
hin aber reichen die Mengen nicht aus, um die Produktion
auf die wünschenswerte Höhe zu bringen, denn die Brenn-
stoffmengen, welche zur Verfügung standen, betrugen so-
wohl in Braunkohlen wie Kohlen wenig mehr als 25 bis
30 Prozent der wirklichen Bedarfsmengen. So bleibt die
Erzeugung in Halb- und Fertig-Produkten eine recht be-
schränkte und reicht bei weitem nicht aus, um den
großen Bedarf zu befriedigen. Die Nachfrage nach
Siegerländer Blechen ist namentlich von Süddeutschland
her sehr groß und das wenige Material, was an den Markt
kommt, wird mit Preisen bezahlt, die beinahe das Doppelte
von dem betragen, was als offizieller Verkaufspreis fest-
gesetzt ist. An diese Preise hält sich überhaupt
kein Mensch gebunden, und die Käufer selbst wissen,
daß dafür keine Bleche zu haben sind. Grobbleche kommen
fast gar nicht an den Markt, denn das wenige, was von
den Grobblechwalzwerken gewalzt wird, dient dem eigenen
Bedarf der angeschlossenen Verfeinerungsbetriebe. Die
Feinblechwerke, welche auf den Halbzeugbezug angewiesen
sind, liegen meistens still, da sich der Betrieb wenig lohnt,
weil der Rohstoffbezug zu oft stockt. Auffallend ist, daß
trotz der nicht geringen Kalamitäten unter denen die Be-
triebe arbeiten, anscheinend wieder ganz günstige Dividen-
den zur Verteilung kommen. Die Friedrichshütte macht
mit 25 Prozent damit den Anfang. Sie gab im vorigen
Jahr 30 Prozent und bleibt damit nur um 5 Prozent
hinter dem höchsten Kriegsjahr zurück. Ihr Betriebsgewinn
betrug sich auf 2 295 794 Mk. gegen 5 753 989 Mk. und
ihre Reingewinn nach Absetzung der Abschreibungen und
Rücklagen auf 528 035 Mk. gegen 1 299 260 Mk. im Vor-
jahr. Die 25 Prozent werden also unter Zuhilfenahme
des Vortrags aus dem Vorjahr von 2 195 466 Mk. be-
zahlt und damit der diesjährige Vortrag um 555 906 Mk.
verfügt. Ob die übrigen Werke, Charlottenhütte, Bremer-
hütte, Geisweid, diesem Satz folgen werden, bleibt zweifel-
haft. Möglich aber ist schon, daß sie, um nicht zurückzu-
bleiben, entsprechend ihren vorjährigen Dividenden, mit ver-
ringerten Sätzen kommen werden. Die Berliner Börse
wird von den 25 Prozent nicht unangenehm berührt sein;
hat sie doch gerade die Aktien der Siegerländer Hütten-
werke bis jetzt kräftig auf einer ungewöhnlichen Höhe
gehalten und sie bedeutend höher bewertet, als beispiels-
weise die Aktien unserer großen westfälischen Hütten, wie
Phönix, Gelsenkirchen, Hösch u. a. Daran liegt ein starker
Optimismus, in bezug auf die künftige Entwicklung der
Siegerländer Industrie begründet, der hoffentlich keine
Enttäuschung erfährt. Die Siegerländer Fabrikate sind,
wie schon oben hervorgehoben, heute stärker begehrt, und
sogar speziell von Süddeutschland, weil durch die Abschnei-
dung der Lothringisch-Luxemburger und der Saarwerke
bzw. durch die Erschwerung der Bedarfsdeckung von dort-
her die süddeutschen Verbraucher mehr auf das Siegerland
verwiesen werden. Das Siegerland hat seine eigenen Erze
und ist im Bezug derselben vom Ausland unabhängiger.
Es hat nur keine Kohlen; dieser Mangel fällt aber
in der heutigen Zeit erschwerend ins Gewicht. Schließlich
ist die Kohle der ausschlaggebende Faktor bei jeder Indu-
strie und ohne solche nicht möglich, und nicht denkbar. Ob
also nicht doch mal wieder schlechtere Zeiten kommen können,
bleibt abzuwarten. Boreerst scheinen auch unsere Finanz-

und Kapitalkreise große Hoffnungen auf den Siegerländer
Industriebezug zu setzen, denn der A. Schaaffhausensche
Bankverein errichtet jetzt auch eine Niederlassung in Siegen,
um sich anscheinend von süddeutschen Bankinstituten, die
immer mehr in der Siegerländer Industrie Fuß zu fassen
suchen, nicht das Wasser abgraben zu lassen. Er hat das
bekannte Hotel Rattwinkel (Deutscher Kaiser) für 375 000 M.
erworben, um daraus ein Bankgebäude zu machen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sich im Laufe der
nächsten Jahre allerlei Veränderungen in dem Bezirk und
seiner Wesensart ergeben werden. Das typische Bild, das
die Gewerkschaften der Siegerländer Gruben, von
den Siegerner Klein-Gewerken einst boten, ist verschwunden.
An ihrer Stelle sind die westfälischen Hütten als Groß-
gewerken getreten, bei denen die Gewerkschaften
nur formale Bedeutung hat. Der Verkehr, wie er sich durch
diese Versammlungen herausbildete, wird also wohl auf-
hören bzw. stark eingeschränkt werden und Ersatz nicht
finden, da auch die Konsolidierung der Werke diesen Ein-
schränkungsprozeß fördert. Die Finanz- und Kapitalwirt-
schaft des Bezirks wird aber einen großzügigen Anstrich
durch die westfälischen Großgewerken bekommen und ins-
fern dürfte die Niederlassung leistungsfähiger Großbanken
begründet erscheinen. Es tragen sich angeblich auch noch
andere Banken mit dem Gedanken, eigene Niederlassungen
in Siegen zu gründen. Mit der Ausdehnung der Industrie
und ihrer Erzeugung dürfte es aber einstweilen noch gute
Wege haben; vorläufig liegen die Verhältnisse hier nicht
anders wie überall, die Leistungsfähigkeit beträgt kaum
noch 50—60 Prozent der normalen. Die Selbstkosten werden
dadurch in außergewöhnlicher Weise erhöht und drücken
fortgesetzt auf die Preise. Der Eisensteinverein wird um
weitere Preissteigerungen über kurz oder lang gar nicht
herumkommen. Eine andere Verteuerung droht den Sieger-
länder Erzen durch die Aufhebung der bisher gültigen
Ausnahmetarife, die höhere Fracht fällt allerdings den
auswärtigen Beziehern zur Last. Die heutigen Preise für
Eisenstein sind zwar auch nicht niedrig; sie stellen sich auf
62,50 Mk. für Rohspat und 93,46 Mk. für Roßspat. Trotz-
dem sind sie im Verhältnis zu dem, was (bei dem Baluta-
stand) für ausländische Erze bezahlt wird, noch billig.
Bemerkenswert ist, daß auch die Ausländer wieder am
Siegerländer Markt erscheinen, um Spezialerzeugnisse zu
kaufen. Es sind Belgier und Italiener, die Aufträge bei
den Walzengießereien unterzubringen suchen, auch bereits
untergebracht haben, und zwar zu Preisen, die den Baluta-
stand zugunsten des Verkäufers, nicht zu dem des Käufers
ausnützen. Die Walzengießereien sind auch für das In-
land mit Aufträgen gut versehen, obschon nicht zu ver-
kennen ist, daß die Unsicherheit in unseren ganzen Zuständen
Veranlassung für die großen Walzwerke bildet, ihre Be-
stellungen auf Hartgusswalzen zu beschränken. Es ist leider
so gut wie ausgeschlossen, daß unsere Industrie unter den
durch die Arbeitszeitbeschränkung geschaffenen Verhältnissen
jemals wieder den hohen Grad der Leistungsfähigkeit er-
wird, den sie vor dem Krieg und noch während des Krieges
gehabt hat.

„Die neue Erziehung.“

So heißt eine neue „sozialistische pädagogische Zwei-
wochenschrift“, die der rasch abgegangene preußische Unter-
staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung Dr. M. G. Baer seit Beginn des Jahres
herausgibt. Adolph Hoffmann hatte ihn wie Dr. Wyneken
als Mitarbeiter in sein Ministerium berufen, offenbar, weil
er als „Märtyrer“ der alten Regierung, die ihm die Fähig-
keit, an öffentlichen Schulen zu unterrichten, abgesprochen
hatte, dazu besonders geeignet schien. Aber bald hatte er
wie Adolph Hoffmann abgewirtschaftet, so daß er sich jetzt
nur als pädagogischer Schriftsteller betätigen kann.

Seine Zeitschrift würde kaum Beachtung verdienen,
wenn die Jugend gerade an höheren Schulen nicht für mo-
derne Tölpelheiten allzu empfänglich wäre; und nicht bloß sie!
Das zeigen die Beiträge einiger Mitarbeiter. Zur Be-
leuchtung des Gefagten möge folgendes dienen:

Anna Siemsen bezeichnet alle Neuerungen des
Schulbetriebes kurzweg als „Verfälschungen“, solange
nicht Tolstois Forderung erfüllt ist: „Die Lehrer machen

einen Stundenplan für sich, den Schülern steht es frei, zu
kommen oder nicht.“ Sie schreibt u. a.:

„Das Leben ist so reich und in jeder Minute so uner-
schöpflich bildend und belehrend, daß keinerlei Gefahr vor-
liegt, ein empfänglicher Mensch möchte zu kurz kommen an
irgend einem Wissen und irgend einer Einsicht. Das ver-
kennen wir deshalb, weil wir unsere Kinder durchweg ab-
stumpfen, unempfindlich machen durch verflüchtetes, gehäuftes,
zersplittertes Unterrichten. Und weil wir uns verfehlen,
indem wir auch den Lehrer zwingen, Dinge zu lehren, die
ihm fremd und gleichgültig sind und die ihm verhaßt werden
durch den Zwang des Lehrplans, des Lehrbuchs und nur
zu oft des direktorialen Gebotes. Es ist tatsächlich ein
Unglück, daß es dem Direktor obliegt, den Lehrer nach Maß-
gabe seiner Examensberechtigung zu beschäftigen. Es ist
eine Ungeheuerlichkeit, die freiere Zeiten nicht begreifen
werden. Und doch ist sie unvermeidlich bei unserem heutigen
System der festen Lehrpläne und festen Zielsetzungen. Wird
dieser Zustand nicht geändert, so ist eine jede Reform von
vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Und er läßt sich
ändern. Die radikale Reform gibt Tolstois Motto an, und
ich stehe nicht an, meine Überzeugung auszusprechen, daß
dies das endgültige Ziel ist, dem wir zustreben sollten: jeder
Lehrer Herr seines Lehr- und Stundenplanes, den er von
sich aus frei bestimmt, und jeder Schüler Herr, um frei zu
wählen zwischen dem, was ihm geboten wird. Daß es keine
Anarchie ergibt, dafür wird die Gleichförmigkeit der mensch-
lichen Bedürfnisse und Neigungen sorgen, die bei allem
Reichtum der Spielarten das gattungsmäßige Gemeinsame
vorherrschend läßt. Wer von einer immanenten Vernunft
überzeugt ist, wird auch sicher sein, daß sich gerade in der
Freiheit die vollkommenste Harmonie entfaltet, die Harmonie
der unverdorbenen menschlichen Natur. Heute aber sind
wir alle im höchsten Maße verdorben und verbildet. Darum
ist diese radikale Lösung heute möglich. Man kann sich ihr
nur nähern, indem man die bisherige Entwicklung abbricht
und eine entschlossene Umkehr beginnt. Wir müssen brechen
mit unserem heutigen System der allgemeinen Maximal-
forderungen, der festen obligatorischen Lehrpläne und des
Unterrichtszwanges für Lehrende und Schüler.“

Es ist gut, daß „die neue Erziehung“ des Herrn
Dr. Baer und seiner Mitarbeiter noch einen weiten Weg
hat bis zur Volkstümlichkeit. Der Durchschnittsmensch, der
von einer immanenten Vernunft überzeugt ist, dankt
gewöhnlich auch heute noch seinen alten Erziehern, Eltern
und Lehrern, die den Freiheitsdrang eigener Jugend auf
ihre Weise ein Ziel zu setzen wußten und dafür sorgten,
daß etwas in den Kopf kam und darin blieb.

Die Entwicklung unserer Tage zeigt deutlich genug,
daß das Volk geführt und die Jugend weiter erzogen
werden will.

Aus der Arbeiterbewegung.

Evangelisch-soziale Schule e. B. (Geschäftsführer:
E. Hartwig, Bethel, Friedhofsweg 15.) Ein volkswirt-
schaftlicher Ausbildungskursus soll in Bethel von
Montag, den 6. Oktober, einschließend bis Sonnabend, den
18. Oktober d. J., stattfinden. Zur Teilnahme berechtigt
sind nur Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die sich
bereits in der konfessionellen oder gewerkschaftlichen Ar-
beiterbewegung betätigt haben, aus innerer, idealer Über-
zeugung in der Bewegung stehend und entsprechende Emp-
fehlungen der leitenden Verbände oder Bezirksleitungen
bzw. der Sekretäre beibringen. Es wird ferner gebeten,
einen kurz gefaßten Lebenslauf an die Geschäftsstelle ein-
zusenden. Irgendeine Gewähr für spätere Anstellung
kann nicht gegeben werden.

Die Dauer des Kurses ist auf zwei Wochen festgesetzt.
Die Lehrgegenstände sind so gewählt, daß mit besonderem
Ruhm neu in die Bewegung eingetretene Berufsbeamte
den Kursus besuchen werden. Mit Rücksicht auf die
Schwierigkeit, die Beamten längere Zeit aus der Ber-
bandsarbeit zu nehmen, ist die Kursdauer auf zwei
Wochen beschränkt worden. Ebenso ist die Zahl der Teil-
nehmer diesmal auf 30 beschränkt.

Für Beköstigung, Wohnung und Bedienung sind pro
Tag 10 M. zu entrichten. Es ist eine Kursgebühr von
25 M. zu zahlen. Der Betrag ist im Ganzen im Voraus

Partei.

Volkspartei.

r. Im großen

d-Danzig,

ammlung.

. Gadderbaum.

on 20 Pfg. erhoben.

zu entrichten. Zahlungen werden erbeten auf Postcheckkonto: Evangelisch-soziale Schule e. V., Nr. 5720, Amt Hannover.

Hospitanten werden nur nach vorheriger schriftlicher Vereinbarung zugelassen.

Christlicher Heimarbeiterinnenverband. Die Hauptvorsitzende des Gewerkevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands, Fräulein Margarete Behm-Berlin, die auch Mitglied der Nationalversammlung ist, hielt in diesen Tagen Versammlungen in Bielefeld, Bradewede, Schildesche, Töllenbeck, Heepen und Hillegossen ab, in denen die christlich-national organisierten Heimarbeiterinnen zahlreich erschienen waren. In ihrer schlichten, herzlichen und fröhlichen Art erzählte Fräulein Behm den Werdegang des Gewerkevereins, der aus mühevoller Kleinarbeit jetzt zu einem stattlichen Verband von fast 20 000 Heimarbeiterinnen geworden ist und mit gutem Erfolge die Interessen der Heimarbeit bisher vertreten hat. Sie berichtete dann über die Gefahren, die der Heimarbeit drohen, weil von verschiedenen Seiten immer stärker die Abschaffung, bezw. der Abbau der Heimarbeit verlangt wird. Unser Gewerkeverein fordert dagegen nicht Abschaffung, sondern Reformierung der Heimarbeit (Vertretung der Heimarbeiterinnen in den Betriebsräten, Fachauschüsse, Kranken- und Invalidenversicherung usw.). Deutschlands traurige Wirtschaftslage kann heute nicht die Mitarbeit der halben Kräfte, die nur Heimarbeit noch leisten können, entbehren. Um deutschen Kindern die Mutter, dem deutschen Heim die sorgende Hausfrau zu erhalten, fordern wir Erhaltung der Heimarbeit mit guten Löhnen und unter gesicherten gesellschaftlichen Verhältnissen. Damit diese Forderungen erfolgreich vertreten werden können, rief Fräulein Behm alle Heimarbeiterinnen zur tatkräftigen Mitarbeit im Gewerkeverein in der Heimarbeit auf. Das Geschäftszimmer des Gewerkevereins befindet sich Bielefeld, Herforder Str. 84, Fernsprecher 2812.

Deutschland als Frankreichs Sklave.

Wie sollen leben — aber wie!

In der französischen Kammer schilderte der Minister Loucheur unter dem starken Beifall des Parlamentes wie Frankreich durch den Friedensvertrag und die deutschen Sklavenarbeiter zu neuer Blüte zu kommen hofft.

Der Minister behandelte dabei zunächst das Problem der Wiedergutmachung und alsdann die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Frankreichs.

Wird Deutschland zahlen, kann Deutschland zahlen, will Deutschland zahlen?

Das seien die drei Fragen, die gestellt werden müßten. Einige von Frankreichs Alliierten hätten erklärt, Deutschland könne alles bezahlen und müsse alles bezahlen. Aber als man sich um den Verhandlungstisch versammelt habe, hätte man bald erkannt, daß es auch eine Grenze der Leistungsfähigkeit für Deutschland gebe. Haben wir diese Grenze überschritten, oder haben wir sie erreicht, so fragt Herr Loucheur. Man habe den Unterhändlern die verschiedenartigsten Vorwürfe gemacht, die Einen hätten gesagt: Ihr habt nicht genug verlangt, die Andern: das, was Ihr verlangt, könnt Ihr niemals bekommen. Nach seiner Ansicht habe man von Deutschland das verlangt, was es nach den optimistischen Voraussagen zu zahlen in der Lage sei. Gewiß, die Bittern, die genannt worden seien, nähmen sich fast traumhaft aus. Mann spreche von Milliarden, aber man müsse bedenken, daß der Wert der Waren seit 1914 verdreifacht habe. Wenn man

von Deutschland 18 Milliarden Goldmark alten Wertes während zwanzig Jahren verlangen wolle, so sei das unmöglich, aber wenn man sie nach dem neuen Wert berechne, so sei dies durchaus möglich. Wenn das gegenwärtige Deutschland, das in Bezug auf seine Industrie etwas ins Schwanken geraten sei, sich wieder erholt haben werde, dann werde es wieder schöpferisch, arbeitsam und organisationsfähig sein. Es werde sich nach einer Schwankung von etwa fünf bis sechs Jahren wieder herausgearbeitet haben. Von 1875 bis 1910 habe sich die Bevölkerung Deutschlands um 52 Prozent vermehrt, seine Sterblichkeitsziffer jedoch um 33 Prozent vermindert. Von 1891 bis 1911, also im Zeitraum von 20 Jahren, sei sein Außenhandel von drei Milliarden auf neun Milliarden gestiegen. Die Zahl seiner Arbeiter habe sich in 25 Jahren von 820 000 auf 2 050 000 gesteigert. Die Zahl seiner minderjährigen Arbeiter habe sich verdoppelt. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft sei die deutsche Anstrengung geradezu bewundernswürdig gewesen. Loucheur ruft aus: Wenn man die Kurve ins Auge faßt in der Entwicklung eines Volkes, glauben Sie dann, daß selbst, wenn wir versuchten, während mehrerer Jahre eine Trennungslinie aufzurichten, daß diese Kurve nicht nachher sofort wieder ihre aufsteigende Linie annehmen würde? Deutschland muß uns alle aus unseren Provinzen weggeführten Gegenstände zurückerstatten. Diese Zurückerstattung hat begonnen, und ich muß erklären, daß uns die deutsche Regierung die lokale Unterstützung zuteil werden läßt, um diese wieder ausfindig zu machen und sie uns wieder zurückerstatten.

Sie acht Milliarden Werte haben wir bereits bekommen

und außerdem sind 460 000 Tonnen industrielles Material wiedergesunden worden.

Die deutschen Fabriken werden für die Wiedergutmachung unserer zerstörten Fabriken arbeiten. Deutschland wird uns viel liefern.

Eine wichtige Frage ist die der Schiffe, die Frage der Verteilung der deutschen Handelsflotte wird von der Wiedergutmachungskommission geregelt werden. Bevor aber die Verteilung vorgenommen wird, wird man uns soviel Tonnage geben müssen, wie wir vor dem Kriege hatten.

Die deutsche Kohle — ein gutes Zahlungsmittel.

Die Zerstörung unserer Bergwerke beraubt uns um die Hälfte unserer Kohlenförderung. Wir erhalten deshalb von Deutschland in den ersten fünf Jahren je 20 Millionen Tonnen und den darauffolgenden fünf Jahren je 10 Millionen Tonnen. Das Ergebnis unserer Bergwerke in den Norddepartements wird 1922 wieder normal sein. In dem Ras de Calais ist die Lage weniger hoffnungsvoll. Dort ergaben unsere Bergwerke 12 Millionen Tonnen, 1922 werden sie nur noch 6 Millionen Tonnen liefern können. Er hoffe aber, daß man im Jahre 1924 alle Bergwerke insstand gesetzt habe. Man müsse außerdem bedenken, daß Deutschland außer den 20 Millionen Tonnen Wiedergutmachung auch noch die 7 Millionen Tonnen liefern müsse, die man vor dem Kriege aus Deutschland jährlich bezogen habe. Loucheur sagte: Andere Unterhandlungen seien jetzt im Gange, um Frankreich das zu beschaffen, was es notwendig habe. Aber schwierig sei die Frage des Kohlentransports. Man werde versuchen, Kohlen auf dem Wasserwege über Rotterdam, Antwerpen und Strassburg abzubefördern. Unter diesen Umständen glaube man im Monat gegen 1 600 000 Tonnen transportieren zu können. Nach seiner Ansicht werde Deutschland in Kürze 44 Millionen Tonnen jährlich ausführen können. In 5 oder 6 Jahren aber könne diese Ziffer verdoppelt werden, das bedeute einen Wert von jährlich 5 Milliarden. Hier verfüge also Deutschland über ein gutes Zahlungsmittel.

Der Deutsche zahlt 875 Mark Steuern.

Der Minister verbreitete sich alsdann über das System der B. S. Bis zum 1. Mai 1921 müsse

Deutschland 25 Milliarden Franken bezahlen. Die Wiedergutmachungskommission werde darüber wachen, daß dies reiflos geschehe. Die B. S. seien kein Zahlungsmittel. Sie stellten nur ein Schuldanerkenntnis und eine Schuldgarantie dar. Die Zahlungen, das seien die Summen, die Deutschland abführen werde. Wenn man vor Deutschland alle Wiedergutmachungen erlangt habe, dann werde, wenn man den Markkurs mit 80 Centimes berechne, der deutsche Steuerzahler jährlich 875 Mark Steuern zahlen, der französische jedoch nur 550.

Deutschland soll die Arbeitsmittel erhalten.

Das seien die wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages, es frage sich nun, welche Politik man Deutschland gegenüber vertreten müsse, damit der Friedensvertrag von Versailles ausgeführt werden könne. Es sei vor allen Dingen notwendig, daß Deutschland arbeite und dann müsse mit Sorgfalt geprüft werden, welche Bedürfnisse Deutschland in Bezug auf Rohmaterialien habe. Diese Prüfung müsse würdig aber nicht engherzig vorgenommen werden. Man müsse die französischen Rechte verteidigen, aber auch bedenken, daß man Deutschland die Mittel in die Hand geben müsse, die seinigen zu bewahren.

Frankreichs zukünftige Blüte.

Wirtschaftlich stelle sich das Ergebnis des Friedensvertrages, wenn man das Fazit ziehen wolle, wie folgt dar:

Das Ertragnis an Eisenerzen sei verdoppelt worden, es vermehre sich um 17 Millionen Tonnen für die Kohlen und Frankreich erhalte in Bechebrom seine erste Petroleumquelle. In Bezug auf Stahl erhöhe sich die französische Produktion auf 11 Millionen 400 000 Tonnen. Sie werde also gleich mit der Deutschlands, das vor dem Kriege dreimal mehr, und gleich mit der Englands, das vor dem Kriege zweimal mehr als Frankreich produzierte. Frankreich werde also, was Mineralerze anbetreffe, der erste Produzent der Welt, und was Stahl anbetreffe, der zweite, für Baumwolle erhöhe sich Frankreichs Exportmöglichkeit von 60 000 Tonnen auf 92 000 Tonnen, und es finde genügend Düngemittel für seine Landwirtschaft. Er glaube, daß man in einigen Jahren 1 200 000 Tonnen Düngemittel ausführen könne. Wenn man also nützlich aus Werk des Wiederaufbaues gehe, dann müsse Frankreich auf dem Gebiete der Schwerindustrie und der Landwirtschaft ein exportierendes Land werden. Von den 5 Millionen Hektar, die mit Getreide bepflanzt würden, müßten 4 Millionen für den eigenen Bedarf reichen. Es sei aber notwendig, die Wasserstraßen und die Eisenbahnen auszubauen und man müsse auch einen Teil der letzteren elektrifizieren. Der Vertrag sei also nicht das mittelmäßige Werk, von dem man gesprochen habe. Mit diesem Hilfsmittel könne Frankreich groß, glücklich und friedlich werden.

Wenn Frankreich wirklich auf all die Leistungen hofft, die es von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages entgegen will, dann muß es endlich aufhören mit einer Politik der Rücksicht, die bis jetzt noch durch alle roten Clemenceaus ging. Sicher hat Deutschland viele gemeinsame Interessen mit dem neuen Frankreich, und seine Politik wird sein müssen, diese Interessen zu pflegen, aber das kann nicht einseitig nur durch Deutschland geschehen, sondern muß von Frankreich ernstlich mitgewollt werden. Der erste Schritt in die Lösung der obersten politischen Frage sein. Wenn hier dem deutschen Reiche wichtige Rohgebiete genommen werden, fällt schon ein großer Teil der Voraussetzungen weg, die Loucheur für die zukünftige Leistungsfähigkeit Deutschlands aufgestellt hat.

Roske gegen die Unabhängigen.

Parteitag der sächsischen Sozialdemokraten.

In Dresden tagte am Sonntag der sächsische sozialdemokratische Parteitag, auf dem die Frage entschieden werden sollte, ob die sächsische Regierung mit

Die Verfassung des Deutschen Reichs.

Vom 11. August 1919.

Fortsetzung.

Artikel 138.

Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.

Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen werden gewährleistet.

Artikel 139.

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Artikel 140.

Den Angehörigen der Wehrmacht ist die nötige freie Zeit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten zu gewähren.

Artikel 141.

Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.

Vierter Abschnitt.

Bildung und Schule.

Artikel 142.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

Artikel 143.

Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Anstalten zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Reich, Länder und Gemeinden zu sammen.

Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln.

Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten.

Artikel 144.

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte ausgeübt.

Artikel 145.

Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundtätig die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.

Artikel 146.

Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.

Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbefähigten für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Artikel 147.

Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sondernutzung der Schüler nach den Rechtsverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 146 Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung in der Gemeinde nicht besteht oder die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt.

Private Vorschulen sind aufzuheben.

Für private Schulen, die nicht als Ersatz für öffentliche Schulen dienen, verbleibt es bei dem geltenden Recht.

Artikel 148.

In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben.

Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Underscheidender nicht verletzt werden.

Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.

Das Volksschulwesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.

(Fortsetzung folgt.)

zahlen. Die Wie-
über wachen, daß
kein Zahlungs-
anerkennnis und
werden. Das seien
nachungen erlangt.
Markkurs mit
französische jedoch

tel erhalten.
clauseln des Ver-
Politik man
damit der Frie-
sig, daß Deutsch-
Sorgfalt geprüft
id in Bezug auf
ng müsse würdig
werden. Man
idigen, aber auch
mittel in die Hand
ren.

te.
das Ergebnis des
gzt ziehen wollte,
verdoppelt wor-
Millionen Tonnen
in Pechelbronn
ezug auf Stahl
auf 11 Millio-
gleich mit der
reimal mehr, und
in Kriege zweimal
Frankreich werde
erste Produzent
der zweite, für
Exportmöglichkeit
en, und es finde
ndwirtschaft. Er
1 200 000 Ton-
Wenn man also
gebe, dann müsse
werindustrie und
es Land werden.
mit Getreide be-
für den eigenen
nbig, die Wasser-
bauen und man
elektrifizieren. Der
mäßige Wert, von
dem diesem Hilfsmittel
friedlich werden.

II die Leistungen
Grund des Frie-
muß es endlich
sch sucht, die bis
aus ging. Sicher
nteressen mit dem
wird sein müssen,
s kann nicht ein-
sondern muß
werden. Der erste
rschleisschen Frage
che wichtige Koh-
schon ein großer
cheur für die zu-
s aufgestellt hat.

hänigen.
Demokraten.
der sächsischen so-
die Frage ent-
Regierung mit

ntliche Schulen be-
unterstehen den
erteilen, wenn die
Einrichtungen sowie
er Lehrkräfte nicht
und eine Sonder-
ntnisse der Eltern
ng ist zu versagen,
Stellung der Lehr-

ffen, wenn für eine
darauf Wille nach
öffentliche Volks-
schauung in der
chwerwaltung ein-
nennt.

rsatz für öffentliche
tenden Recht.

a, Staatsbürgerliche
chtigkeit im Geiste
veröhnung zu er-

len ist Bedacht zu
enkender nicht ver-

acht sind Lehrkräfte
i Beendigung der

ch der Volkshoch-
emeinden gefördert
rtsetzung folgt.)

oen unausgangigen oder mit den Demokraten
zusammengehen sollte, um sich eine Majorität zu
schaffen. Die Frage wird voraussichtlich am Montag
entschieden werden. In der Nachmittagsitzung erschien
Reichswehrminister Klose, in der er u. a. erklärte:

„Wer sich einbildet, daß die Arbeiterkraft in der näch-
sten Zeit einig sein wird, ist ein unheilvoller Altruist.
Eine Regierungsbildung mit den Unabhängigen ist in
diesem Augenblick unmöglich. Wir müssen persönlich Bürde
haben, die ich bei manchem vermissen. Sie beschmutzen und
beschimpfen in bubenhafter Weise einen jeden, der anderer
Meinung ist wie sie. Die Genossen müssen aus der Kritik
heraus. Wir stehen erst am Anfang unserer Arbeit. Ich
bin durchaus gewillt, alle meine militärischen Maßnahmen
rechtlos zu machen. Der Versuch, das russische System be-
rechtigt zu machen, werde ich mit aller Energie wider-
setzen. Wenn es heißt, das Leben von ein paar Tausend
Leuten auf Spiel zu setzen, um Hunderttausende von
Kollaboranten zu retten, dann werde ich handels-
mäßig in Berlin, Hamburg, Bremen und Mün-
chen. Die Hoffnung auf die Weltrevolution ist eine Seiten-
blase. Das Soldatentum nach den Friedensbedingungen
einrichten zu müssen, ist nicht mein Ideal, aber wir müssen
uns fügen. Ein Heer ohne Disziplin ist ein Affenspiel.
Truppen mit selbstgewählten Führern springen im Mo-
ment der Gefahr auseinander wie Glas. Wenn ich bei
einer Offiziersbeförderung die Wahl habe zwischen einem
schlecht qualifizierten Sozialdemokraten und einem tüch-
tigen, anständigen und ehrlichen Konservativen, dann be-
zähle ich den Konservativen. Die Affäre Klein-
hardt ist ein Spektakel, auf den viele hereingefallen
sind. Der Gewehrsmann des „Vorwärts“ ein überbeleh-
rter Mann, auf dessen Zeugnis hin ich nicht daran denke,
einen Mann, dem die Regierung zu großem Danke ver-
pflichtet ist, über die Klinge springen zu lassen. Wenn die
Gegenrevolution eintritt, dann ist nur die Arbeiterkraft
schuld daran. Unsere Maßnahmen müssen auch den Mut
zur Härte haben.“

Nachdem Minister Uhlig die Behauptung eines
Redners in einem kleinen sächsischen Orte seien große
Mengen Waffen und Munition für gegenrevolutionäre
Zwecke verteilt worden, für Unsinn und Klatsch erklärt
hatte, wurde die Sitzung auf Montag vertagt.

Österreichs Wiederaufbau.

Die Aufgaben der Nationalversammlung.

Die halbmäßliche Wiener „Abendpost“ schreibt:
Der Staatskanzler ist aus St. Germain zu-
rückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte
übernommen. Durch die Unterfertigung des Frie-
densvertrages ist die auswärtige Stellung der deut-
schen Alpenlande für die nächste Zukunft festgelegt.
Sie tragen gegen ihre eigene Wahl den Namen Öster-
reich, und der Friedensvertrag bestätigt und befestigt
die republikanische Staatsform. Die Republik Öster-
reich tritt damit in die Geschichte ein. Sie hat sich
widerholt dagegen verwahrt, materieller und geistli-
cher Erbe des alten Österreich zu sein. Die junge
Republik beansprucht in keiner Weise, die anderen
Nationalstaaten zu beherrschen, zu leiten oder auch
nur zu beeinflussen. Sie wünscht nicht mit Tsche-
chen, Polen, Magyaren und Südslawen irgendwelche
politische Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Nicht de-
ren Selbstständigkeit, sondern die Unterwerfung so weiter
deutscher Gebiete kränkt und verletzt das nationale
Gefühl der Österreicher.

Nach einem Rückblick auf die ein Jahrtausend
geleitete Kulturarbeit der südslawischen Stämme heißt
es in dem Artikel, weiter: Deutsch-Österreich wendet
seinen

Wid nach Westen.

Deutsch-Österreich will nunmehr sein wirtschaft-
liches Leben und seine staatliche Ordnung nach dem
Muster des europäischen Westens einrichten. Seine
nächsten Aufgaben liegen im Innern. So rasch als die
Mächte aus dem Friedensvertrage ihm das ermög-
lichen, wir Deutsch-Österreich seine Volkswirtschaft
widerherstellen und intensiv gestalten, alle staatli-
chen Einrichtungen im Sinne der Selbstregierung eines
mündigen und hochzivilisierten Volkes ausbauen und
nach Kräften an der geistigen Erziehung von Nation
und Welt mitarbeiten. Dazu bedarf es der Befestigung
der überall oben und unten lauernden Anarchie, der
Erstarrung des ganzen Volkes und der Aufrich-
tung eines wohlgeordneten, auf der Freiheit ru-
henden Rechtsstaates. Diese nächsten Ziele werden von
der Nationalversammlung gewiß mit Eifer und Ber-
uhmtheit aufgegriffen werden. Es liegt dem Haupt-
aufsatze ob, die Frage zu überprüfen, ob die von
ihm eingeführte Regierung, welche die Aufgabe hatte,
das Land aus den Kriegswirren herauszuführen und
ihm den Frieden zu bringen, die geeignete Zusam-
mensetzung hat, um auch die neuen Aufgaben in An-
griff zu nehmen und durchzuführen. Die National-
versammlung, deren Tagung in drei oder vier Wo-
chen entgegengesetzt wird, wird über entscheidende
Aufgaben ihre Entscheidung zu fassen haben.

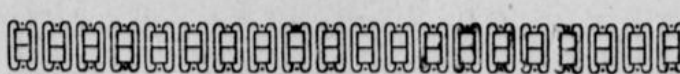
Kein Zusammenstoß mit Bayern.

Im „Deutschen Volksblatt“ in Wien, dem neuen
Organ der christlich-sozialen Partei, erklärt der Ge-
schäftsführer Professor Hugelmann die Nachrichten über
angebliche Bestrebungen zur Bildung eines katho-
lischen zentral-europäischen Staatengebil-
des unter Einflußnahme der deutschen Katholiken
und der christlich-sozialen Partei als falsch. Gerade
die deutschen Katholiken, erklärt er, erkennen dem
Katholizismus in der Gegenwart eine viel höhere
Wirkung zu. Wir meinen, im Sinne der ganzen christ-
lich-sozialen Partei zu sprechen, wenn wir jeden Zu-
sammenhang mit Machenschaften für eine süd-
deutsche Kombination mit Entrüstung ablehnen.
Wenn wir wie bisher auch künftig unbeugsam an
unserem Vaterlande Deutschland festhalten, so tun wir
es nicht nur als Deutsche, sondern auch um unseres
christlichen, unseres katholischen Gewissens willen.

d'Annunzios Herrschaft in Fiume.

Die Entente trifft Gegenmaßnahmen.

Der italienische Dichter und Chaubinski Gabriel
d'Annunzio ist gegen den Willen der Regierung mit
Freischärlern in Fiume eingezogen. Im Namen und
mit Unterstützung der Behörden ist die Verwaltung
Fiumes d'Annunzio übergeben worden. Dieser kam in
den Gouvernementspalast und befahl dem englischen
General Bettaluga, ihm die Gewalt zu übergeben.



Meine Zeitung.

Stimmen aus dem Leserkreis.

Mit herzlichem Gruß sende auch ich wieder eine kleine
Summe zum Besten des „Aufwärts“. Meiner Meinung
nach ist es besser, den Preis des Blattes vorläufig nicht zu
erhöhen. Das „Gute“ muß dem Volke augenblicklich am
besten „umsonst“ geboten werden, bis es gelernt hat, je
nach Kraft wieder dafür Opfer zu bringen. Gottes Segen
möge auf Ihrem Blatt ruhen, auf daß es dazu beitragen
möge, Moral und Gottesglauben wieder zu stärken.

Ihre aufrichtig ergebene

Frau Forstmeister Pfeiffer, Kielau-Westpreußen.

Obigen Betrag senden wir zur Unterstützung des
„Aufwärts“, trotzdem ist 3 M Abonnementspreis meines
Erachtens nicht zu viel.

Freundlichen Gruß

W. Behrenberg, Schneidermeister, Rheda (Westf.)

Von einem Alten, der es sehr bedauern würde, wenn
die Erhöhung des Bezugspreises das Bezahlen einschränken
würde. Gott befohlen!

Professor Dr. Sorgenfrey, Leipzig, Lindenstr. 16.

Wer wirbt für den ersten Oktober einen neuen Leser?
Der Bezugspreis bleibt derselbe.



Bettaluga wurde im Gouvernementspalast interniert.
d'Annunzio verkündete darauf die Ausrufung Fiumes
im Namen Italiens.

Im einzelnen wird berichtet:

Die regulären italienischen Truppen verließen
Fiume, ebenso der größte Teil der Kriegsschiffe. Der
Ententekommandant Bettaluga erließ eine Rundmach-
ung, worin Versammlungen, Aufrufe und Ausfüh-
rungen gegen militärische Maßnahmen der Entente ver-
boten wurden. Trotzdem bildete sich ein Demonstra-
tionszug, an dem sich auch entflozene Matrosen und
Offiziere beteiligten. Nach dem Umzug richtete ein
Panzerautomobil seine Maschinengewehre auf das Gou-
vernementsgebäude. Eine Abteilung Karabinieri be-
setzte das Gebäude. Die englische Wache und einzelne
Soldaten wurden von Italienern verspotet und aus-
geschiffen. Außer unbedeutenden Zusammenstößen ist
es nirgends zu besonderen Zwischenfällen gekommen.

Die Regierung hat den General Badoglio, einen
Freund d'Annunzios, mit unbefristeter Vollmacht
nach Fiume geschickt, um den Diktator zur Abreise
und die Soldaten zur Heimkehr zu bewegen. Der
Präsident von Venedig wurde als kompromittiert so-
fort seines Postens entbunden. In die Affäre sind
zwei Generale und ein Admiral verwickelt.

Die Entente greift ein.

Am Sonnabend ist der englische Kreuzer Karbiff
mit 500 Mann aus Malta in Fiume eingetroffen,
die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt
bestimmt sind. Die französische und die englische
Besatzung waren den ganzen Tag über konfrontiert.

Deutsches Reich.

— Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß gegen
wichtig sich englische Firmen um den Ankauf von
Kohlenzeilen im Ruhrgebiet bemühen.

— In den Aufrufen der politischen Parteien in Bir-
kenfeld wird die Bevölkerung aufgefordert, in Massen
zu den großen Protestkundgebungen der nächsten Tage zu
kommen, um Einspruch zu erheben gegen den Gewaltakt
und Rechtsbruch einer kleinen Anzahl Dummköpfe.

— Das Gesetz über das Branntweinmonopol macht ein
neues Reichsamt notwendig. Der Reichsfinanzminister
hat jetzt ausführliche Grundbestimmungen dazu erlassen.
Die neuen Bestimmungen treten am 1. Oktober in Kraft.

— Italien gegen den Kaiserprozeß. Die italie-
nische Parlamentarische Kommission für den Friedensvertrag
ist gegen einen Kaiserprozeß aus Gründen öffentlicher
und privater Gerechtigkeit. Die Kommission steht auf
dem Standpunkt, daß man den Kaiser wohl verhindern
müsse, weiteres Unheil zu stiften, daß die Prinzipien
des Rechts aber nicht vergeblich werden dürften.

— Die Kaiserbilder in der Schule. Eine Mittei-
lung des Kultusministeriums an die Presse richtet
sich gegen Mißverständnisse bei dem Bildererlaß. Es
sind Zweifel darüber entstanden, welche Bilder, Büsten
u. dgl. von dem bekannten Erlaß des Kultusministers
über die Entfernung von Wahrzeichen der
alten Staatshoheit aus den Schulen getroffen
werden sollen. In völliger Verkennung der Absich-
ten des Kultusministers und im Widerspruch zu den
Ausführungen, die der Minister selbst und seine Ver-
treter schon in der Sommertagung der Landesversamm-
lung wiederholt gemacht haben, sind vielfach auch
Bilder Friedrichs des Großen, des Kaisers v. Stein,
Bismarcks, Moltkes, Hindenburgs, Weddighs usw. aus
den Schulen entfernt worden. Das hat an zahlreichen
Orten zu heftigen Zwischenfällen geführt. Des-
halb bestimmt ein neuerer Erlaß:

„Zu entfernen sind nur Bildnisse des letz-
ten deutschen Kaisers und des Kronprin-
zen, nicht auch solche von Persönlichkeiten, deren Wert
und Bedeutung unabhängig von ihrer Beziehung zu der
jeweiligen Staatsautorität geschichtlich feststeht.“

Die Presse fügt zu dieser Erklärung hinzu:

So wenig der Kultusminister daran denkt, Geis-
tensvorgang irgend welcher Art auszuüben und so weit-
vergehend die Ausführung seiner Anordnungen gehandhabt
zu haben, so wenig kann und wird er dulden,
daß im neuen Preußen die Schulen zu reaktionären mo-
narchischen Treibereien mißbraucht werden.“

Es wird also, so darf man aus dieser Erklä-
rung schließen, auch noch einmal eine Reiz wieder-

kommen, wo die neue Republik gestatten wird, die
Kaiserbilder wieder aufzuhängen. Die Zeit ist da,
wenn keine Gegenrevolution mehr droht und die Kai-
serbilder nur noch historische Erinnerungen sein wer-
den. Wird die Zeit noch einmal kommen?

— Der Kleinrieg in Oberschlesien geht weiter.
In der Nacht zum Sonnabend sind Grenzschutzpatrouil-
len in Baurahütte abermals aus mehreren Häusern
und Dächern einiger Straßen von Zivilpersonen mit
Karabinern beschossen worden. In Baborze wurde in
der Nacht zum Sonnabend in der Nähe der Brück-
fabrik eine Handgranate auf das Militär geworfen.
Die Untersuchung blieb ergebnislos.

— Deutschland und die obereschlesischen Kohlen. In
Währisch-Odrau tagte eine internationale Kohlenkom-
mission, um die Grundsätze festzustellen, nach denen die
Kohle aus dem Odrau-Karwiner (tschechischen) und
obereschlesischen und dem Dombrower (polnischen) Re-
vier an die Länder, denen die Kohle aus diesen Re-
vierern im Jahre 1913 geliefert wurde, verteilt werden
soll. Eine Unterkommision, bestehend aus Vertre-
tern der drei beteiligten Länder unter einem En-
tentevorsitzenden sollte die Verteilung der Kohle
bestimmen. Die deutschen Vertreter der Kommission in
Währisch-Odrau sind vor einigen Tagen nach Berlin
abgereist. Sie teilten der Kommission telegraphisch
mit, daß sie an den weiteren Verhandlungen nicht
teilnehmen, da sich die ihnen durch den Friedens-
vertrag auferlegten Verpflichtungen nicht auf das
obereschlesische Revier beziehen. Im Friedensvertrag
ist bezüglich Oberschlesiens nur festgesetzt, daß uns
der Kohlenbezug für eine Reihe Jahre gesichert bleibt,
falls die Abstimmung gegen uns ausfiele. Es liegt
also kein Anlaß vor, vor der Abstimmung irgendwelche
„internationalen“ Vorbereitungen für Oberschlesien zu
unterstützen. Wir sind in der Verfügung über die
obereschlesischen Kohlen souverän.

— Der Jüdische Bischofsbesuch. Die Versamm-
lung der Bischöfe in Jüdis hat zu folgendem Beschluß
geführt:

„Dringend erwünscht im Interesse der Einheit unter
den deutschen Katholiken und im Interesse der katholischen
Arbeiter ist eine Einigung unter den katholischen Arbeiter-
vereinen (Sitz Berlin) und den christlichen Gewerkschaften,
sei es in Form einer Einigung beider, sei es in Form
freundschaftlichen Zusammengehens. Die Ausführung solcher
Einigung ist den beiden Organisationen überlassen. Eine
erneute Anfrage an den Hl. Stuhl in dieser Angelegenheit
ist überflüssig.“

— Eine Niederlage der Radikalen in Hamburg.
Eine gründliche Niederlage erlebten die Linksradi-
kalen in einer stark besuchten Versammlung der Be-
triebsräte Groß-Hamburgs. Obwohl die Linksradi-
kalen mit ungeheuren Lärm die gegnerischen Redner nie-
derzubrüllen versuchten, setzten die Mehrheitssozialisten
doch einen Beschluß durch, die Arbeiterkommission ganz
aufzulösen und die Gewerkschaften mit der weiteren
Wahrgabe der Interessen der Betriebsräte zu betrauen.

— Die teuren A. und E.-Karte. Aus einer auf
Wunsch der Nationalversammlung herausgegebenen
Denkschrift des Reichsfinanzministers über das Finanz-
gebot der A. und E.-Karte wird bekannt, daß die
Ausgaben für die Soldatenräte insgesamt 92 Millio-
nen Mark betragen haben. Auf Sachsen entfallen
davon allein über 15 Millionen Mark.

Rundschau im Auslande.

— Der Streik der Eisenbahner in Lothringen ist bel-
gelegt.

— Wegen den bulgarischen Friedensvertrag haben die
rumanische und die griechische Delegation bei der
Entente wegen verschiedener wirtschaftlicher und territorialer
Klauseln Einspruch erhoben.

— Der Kommissar des Auswärtigen der russischen
Regierung, Tschitscherin, wandte sich in einem Rund-
schreiben an den lettischen Minister des Auswärtigen in
Mitau mit dem Vorschlag, die Kriegsoperationen einzustellen.

— Der in Perm von den Bolschewisten gefangen gehaltene
Großfürst Michail, ein Bruder des Zaren, floh und entkam
zu den Truppen Kollschals, der ihn zum Zaren ausrufen will.

— In Dublin (Irland) hob die Polizei große Ver-
schönerer der Sinnfeiner aus und beschlagnahmte Do-
kumente, aus denen hervorgeht, daß im Oktober ein neuer
großer Aufstand zur Errichtung eines unabhängigen Irlands
in Szene gesetzt werden sollte.

Frankreich: Eine Kriegserklärung der Sozialisten.

— Der außerordentliche Nationale Sozialistische Kon-
gref in Paris beschäftigte sich eingehend mit dem bevorstehen-
den Wahlkampf in Frankreich. Marcel Cachin trat als
erster Redner dafür ein, daß die Sozialdemokraten allein in
den Wahlkampf gehen gegen alle bürgerlichen Parteien, denn
diese schloßen sich an, einen Bloß gegen die Sozialdemokra-
ten aufzurichten. Wenn man die Arbeiterbewegung in ver-
schiedenen Ländern Europas unterdrücken lasse, dann ar-
beite man in allen Ländern für die Reaktion und das
bedeute auch für das französische Proletariat einen großen
Rückschritt. Ueber die russische Revolution sagte Cachin,
die russische Revolutionäre könnten sich vielleicht über
die Methoden, die angewendet werden sollten, täuschen, aber
über das Ziel täuschten sie sich nicht, denn dieses Ziel sei
auch das Ziel der französischen Sozialisten. Die Verhand-
lungen über den Friedensvertrag zeigten, daß die Re-
gierenden unfähig seien, Ordnung in Europa zu schaffen.
Nachdem noch der Kaiser Rumbar lebhaft Klage ge-
führt hatte über das Regime, das heute in Elsaß-Lothrin-
gen herrsche, wurde die Tagesordnung brach mit 1163
gegen 133 Stimmen angenommen. Ferner beschloß der
Parteitag mit 473 gegen 107 Stimmen, daß das auf dem
Parteitag im April festgesetzte Wahlprogramm aufrecht er-
halten werden soll.

England: Die Gefährdung der englischen Regierung
durch die Arbeiter.

— Der englische Arbeiterführer Henderson errang in
Widnes einen bedeutamen Wahlsieg. Dieser ist um so be-
merkenswerter, als der Wahlkreis seit 1885 immer in kon-
servativen Händen gewesen. Die Anhänger der Arbeiterpar-
tei für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen bezeichnet
man als ausgezeichnet. — Der zurzeit in Glasgow tagende
englische Gewerkschaftskongress nahm einen von dem Führer
der Eisenbahner, Thomas, eingebrachten Antrag an, worin
von der Regierung die Abschaffung der Dienstpflicht und
die sofortige Abberufung der englischen Truppen aus Aus-
land verlangt wird. Wenn dieser Forderung nicht stattge-
geben wird, wird ein Sonderkongress einberufen werden, um
darüber zu beraten, in welcher Weise auf die Regierung
Zwang ausgeübt werden kann.

